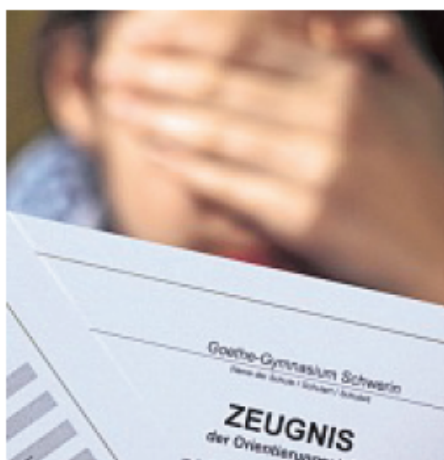


Gymnasium zu schwer: 1346 Schüler schmeißen hin

Pinnebergs Schulrat schlägt Alarm: Zahl der Bildungsverlierer im Land übersteigt Zahl der Aufsteiger deutlich

Von Margret Kiosz

KIEL Die Zahl der Kinder, die aufgrund mangelnder Leistungen nach Klasse sechs vom Gymnasium in die Gemeinschaftsschule wechseln müssen, nimmt zu. „Das ist inzwischen ein massives Problem“, bestätigt Pinnebergs Schulrat Dirk Janssen. Vor allem in Städten sei die Zahl der Rückläufer zum Teil so groß, dass an Gemeinschaftsschulen neue Klassenverbände gebildet werden müssen. Berichte, wonach 5. Jahrgänge mit 45 Schülern starten und plötzlich in der 7. Klasse mehr als 60 Kinder unterrichtet werden müssen, seien „keine Sensation, sondern in Städten eher die Regel“. Das Kieler Bildungsministerium meldet für das Schuljahr 2017 insge-



Sind die Noten schlecht, droht Gymnasiasten die Versetzung auf die Gemeinschaftsschule.

FOTO: DPA

samt 1346 Schrägversetzungen vom Gymnasium auf eine Gemeinschaftsschule. Das entspricht einer Steigerung von 60 Prozent binnen fünf Jahren – 2013 waren es 800.

Die meisten Rückläufer gibt es am Ende der Orientierungsstufe nach der 6. Klasse.

Hier mussten Schulleiter 578 Kinder neu aufnehmen. Zum Vergleich: 2013 waren es 360. Betroffen sind vor allem Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. „Wenn eine Klasse ohnehin schon 27 Kinder hat, wird es schwierig, weil dann

.....

„Für ihre Persönlichkeitsentwicklung kann das fatale Folgen haben.“

Jens Finger
Chef des Philologenverband

.....

oft komplett neue Lerngruppen eingerichtet werden müssen. Das ist für den Klassenzusammenhalt nicht gut“, so Janssen.

Der Philologenverband fordert, Schrägversetzung müssten schon nach der 5. Klasse möglichen sein und nicht erst

nach der 6. Klasse. Für einige Schüler sei es „traumatisch“, wenn sie auf dem Gymnasium nur schlechte Noten bekämen. „Für ihre Persönlichkeitsentwicklung kann das fatale Folgen haben“, erklärt der Landeschef des Philologenverband Jens Finger. Diese „Negativspirale“ müsse möglichst früh gestoppt werden. Der Verband fordert seit Jahren eine verbindliche Schulartempfehlung.

Sorge bereitet Bildungspolitikern, dass die vielbeschworene Durchlässigkeit des Schulsystems nur nach unten funktioniert. Während zum letzten Schuljahr im Land 578 Jungen und Mädchen nach der Orientierungsstufe „abgeschult“ wurden, gelang nur 45 der Aufstieg zum Gymnasium.

Schulwechsel mit fatalen Folgen

Wenn Kinder das Gymnasium verlassen müssen, gilt die „Abschulung“ immer noch als Abstieg

Von Margret Kiosz

KIEL/HAMBURG Die Gemeinschaftsschulen müssen nicht nur die Inklusion behinderter Kinder und die Integration junger Flüchtlinge leisten, sondern nun auch eine wachsende Zahl von Schülern wieder aufrichten, die vom Gymnasium auf Gemeinschaftsschulen „abgeschult“ wurden.

Dass es in ländlichen Regionen weniger Schrägversetzungen gibt, führt der Pinneberger Schulrat Dirk Jansen unter anderem auf die Schulwegsituation zurück. Auf dem Land sei die Gemeinschaftsschule häufig näher am Wohnort als das Gymnasium und schon Grundschüler seien an Busfahrten gewöhnt. In den Städten mit Grundschulen am Ort argumentierten Eltern hingegen, wenn ihr Kind künftig ohnehin mit dem Bus fahren muss, könne es auch gleich zum gleich weit entfernten Gymnasium gehen.

Die Steuerungsfunktion der Gymnasien ist dabei begrenzt. Früher konnten sie

Kinder mit Hauptschulempfehlung ablehnen, weil Eltern diese Kinder nur auf Realschulen anmelden durften – also nur eine Stufe „höher.“ Seitdem es mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen nur noch zwei weiterführende Schulformen gibt, ist diese Steuerung nicht mehr möglich. Die Hoffnung, dass sich das durch die Wiedereinführung der Schulartempfehlung – wie sie CDU-Bildungsministerin Karin Prien jetzt durchgesetzt hat – bessert,

teilt Jansen nicht „Das ist ein Wunschvorstellung. Im Moment weiß keiner, wie Eltern auf die Empfehlung reagieren“. Tatsache sei, dass die Schülerschaft der Gymnasien heute nicht mehr so ho-



FOTO: KLEINSCHMIDT/DPA

pädagogischer Sicht ist das fatal. Für Schüler und deren Eltern wird dies „Abschulen“ als Abstieg verstanden, warnen Bildungsexperten. Und selbst in der Elbmetropole gibt es regionale Unterschiede. Während von Jugendlichen aus Gymnasien mit „eher stark belasteter sozialer Lage der Schülerschaft“ nur etwa die Hälfte den

Weg von Klasse 5 nach 10 überstehe, seien es bei Gymnasien mit „bevorzugter sozialer Lage der Schülerschaft“ etwa 90 Prozent. „Es gibt sicherlich einige Eltern, die eine überzogene Erwartungshaltung gegenüber ihrem Kind haben. Hinzu kommt ein gesellschaftlicher Trend, nach dem höchsten Schulabschluss, dem Abitur, zu streben“, erklärt der Chef des Schleswig-holsteinischen Philologenverbandes Jens Finger.

mogen ist wie früher, als nur 10 Prozent eines Jahrganges zur höheren Schule ging. Heute sind es im Schnitt 45 Prozent, in städtischen Regionen rund 80 Prozent. In Hamburg sogar 85. Insofern ist das Problem der Schrägversetzungen auch nicht spezifisch für Schleswig-Holstein. Etwa ein Fünftel aller Hamburger Schüler verlässt laut Angaben des Senats auf dem Weg von Klasse 5 nach 10 das Gymnasium und geht auf Stadtteilschulen. Aus

SPD gegen Sonderweg bei Berufsschulen

KIEL Die SPD hat die Pläne der Jamaika-Landesregierung kritisiert, die Verantwortung für die Berufsbildenden Schulen künftig vom Bildungs- ins Wirtschaftsministeriums zu verlagern. „Eine inhaltliche Rechtfertigung dafür gibt es nicht“, sagte der Sprecher der SPD-Fraktion für berufliche Bildung, Tobias von Pein. Die SPD-Fraktion hat für die Landtagssitzung Ende September einen Antrag eingebracht, die Zuständigkeit beim Bildungsministerium zu belassen.

Als „absurde Idee“ bezeichnete Pein die angestrebte Verlagerung, die erfolgen soll, sobald das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) gegründet ist. Diese Idee sei nur dem Koalitionsproporz geschuldet. „Auf diese Weise sollte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) etwas mehr Kom-

petenzen erhalten“, meinte Pein. Das SHIBB ist ein Projekt der früheren Bildungsministerin Britta Ernst (SPD). „Wir unterstützen es auch weiterhin, weil wir davon eine Aufwertung der beruflichen Bildung erwarten“, sagte Pein. „Wir wollen ein Schulsystem, in dem die allgemein bildenden und die berufsbildenden Schulen gleichwertig nebeneinander stehen und gegenseitig durchlässig sind.“ Die Koalition richte stattdessen „neue Mauern“ zwischen diesen beiden Zweigen unseres Schulwesens ein.

Wirtschaftliche Interessen dürften nicht pädagogische Belange beiseite schieben, warnte Pein. „Die Verlagerung ins Wirtschaftsministerium würde die Ziele, die mit dem SHIBB verbunden sind, in Frage stellen.“ Schleswig-Holstein würde bundesweit einen Sonderweg gehen. *Ino*